

Nord-Ost-Ring wird auch für Berlin zum Streitthema

Verkehr Bundesumweltministerium hat offenbar erhebliche Zweifel am Entwurf für den Bundesverkehrswegeplan. *Von Sascha Schmierer*

Eine erneute Aufnahme des Nord-Ost-Rings in den Bundesverkehrswegeplan muss offenbar auch aus Sicht der Bundesregierung noch einmal umweltfachlich bewertet werden. Das geht aus einer Antwort an den Grünen-Politiker Matthias Gastel hervor. Der aus Filderstadt stammende Bundestagsabgeordnete mutmaßt, dass das von der Region Stuttgart seit Jahren geforderte, vor Ort in Fellbach und Kornwestheim aber vehement bekämpfte Verkehrsprojekt auch in Berlin ein hohes Konfliktpotenzial unter den beteiligten Fachbehörden und Ministerien birgt.

„Die Bundesregierung zweifelt offenbar an der naturschutzfachlichen Bewertung von Verkehrsminister Alexander Dobrindt und kündigt an, diese bei Überarbeitung des Entwurfs zum Bundesverkehrswegeplan zu überprüfen“, schreibt Gastel in einer am Dienstag verschickten Mitteilung. Laut der Antwort auf die offizielle Anfrage sei über „die angewandten Kriterien und

Umweltindikatoren beziehungsweise die Bewertung“ als hohe, mittlere oder geringe Umweltbetroffenheit noch zu diskutieren.

Der im Verkehrsausschuss des Bundestags sitzende Gastel fordert nun, dass die Überprüfung noch vor der Entscheidung über den Bundesverkehrswegeplan 2030 stattfindet. „Wenn die Bewertung für den Nord-Ost-Ring anders ausfällt als in der Vergangenheit, muss detailliert begründet werden, wodurch der Unterschied zur bisherigen Einstufung zustande kam“, sagt er. Aus Sicht von Gastel legt die Tatsache, dass das Bundesverkehrsministerium negativen Umweltfolgen des umstrittenen Projekts im Entwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan nur noch als „mittel“ einstuft, die Konflikte des Verkehrsressorts mit den Umweltbehörden offen.

In der für 2003 erarbeiteten Fassung des Bundesverkehrswegeplans waren die Umweltfolgen eines Nord-Ost-Rings noch weit kritischer bewertet worden. Die SPD-

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hatte bereits im Vorfeld bemängelt, der Entwurf aus dem CSU-geführten Verkehrsressorts missachte wesentliche Umwelt-, Naturschutz- und Klimaschutzanforderungen. Das Umweltbundesamt – eine dem Umweltministerium zugeordnete Behörde – hatte besonders den zu hohen Flächenverbrauch, aber auch die Zunahme des Klimakillers Kohlendioxid kritisiert.

Aus Sicht des Umweltbundesamts verstößt der Entwurf gleich gegen elf von zwölf Umweltzielen der Bundesregierung. „Dobrindts Entwurf pfeift auf alles, was in Sachen Klima- und Umweltschutz je vereinbart wurde. Es wird Zeit, dass die zuständige Ministerin eingreift und den Verkehrsminister aufklärt“, kommentiert Gastel den Konflikt.

Für „sehr aufschlussreich“ hält der Filderstädter die Bestätigung der Bundesregierung, dass der Nord-Ost-Ring als Teil einer durchgehenden Verbindung bis ins bayerische Nördlingen und als Autobahnzubringer zur A 7 gesehen wird. Eingee-

räumt werde in der Antwort, das Projekt sei nicht mit anderen Straßenbauvorhaben wie dem Rosensteintunnel in Stuttgart abgestimmt. Gastel hatte gefragt, weshalb es verkehrlich und wirtschaftlich sinnvoll sei, erst den Rosensteintunnel für 270 Millionen Euro zu bauen und dadurch die Straßenverkehrskapazität in der Landeshauptstadt zu erhöhen, um dann mit dem Nord-Ost-Ring eine große, autobahnähnliche

Straße um die Stadt herum bauen zu wollen. Die ausweichende Antwort, dass es sich beim Rosensteintunnel um keine Maßnahme des Bundes handle, auch wenn er mit Bundesmitteln gebaut werde, ist für Gastel ein Beleg, dass es Berlin nicht um die Entlastung von Stuttgart geht: „Hier wird eine völlig neue und

großräumige Verkehrsachse geplant, die sich nicht mit anderen Planungen verträgt und damit auch nicht der Entlastung schadstoffbelasteter Menschen in Stuttgart dient.“ Für den Abgeordneten ist damit klar: „Der Nord-Ost-Ring gehört aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen.“

„Der Entwurf verstößt immerhin gegen elf von zwölf Umweltzielen der Bundesregierung.“

Matthias Gastel,
Bundestagsabgeordneter